

Situationsbericht Burgenland

„Die Ausnahme ist schon seit längerem zur Regel geworden“

Regelmäßige Wochenendarbeit, arbeiten in der Nacht, im Krankenstand oder Urlaub ist bereits zur täglichen Routine geworden. Ohne diesen Einsatz lässt sich die durchschnittliche Belastung der Richterinnen und Richter im Burgenland nicht bewerkstelligen. Diese liegt im Durchschnitt bereits bei 124%, beim Bezirksgericht Mattersburg sogar bei 146%. Zur Zunahme des Personalbedarfs in den letzten fünf Jahren kam es durch Anfallssteigerungen, zusätzliche Aufgaben aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen und der zunehmenden Komplexität der Verfahren. Dem Berufsethos der Richter:innen ist es geschuldet, dass dennoch die Verfahren in schicklicher Zeit erledigt werden.

Bei den burgenländischen Gerichten – einem Landesgericht und sechs Bezirksgerichten – sind derzeit 40 Richterinnen und Richter (rund 36 Vollzeitkapazitäten) beschäftigt, die sämtliche Agenden, von Straf-, Handels-, Zivil-, Arbeits- und Sozialrechtssachen bis hin zu Insolvenz-, Pflegschafts-, Exekutions- und Mietrechtssachen, zu entscheiden haben. Auch hier fehlen bereits sieben Richter:innen nach der offiziellen Personalanforderungsrechnung des Bundesministeriums für Justiz, die ohnehin sehr sparsam kalkuliert ist. Dazu kommt noch die Zuteilung einzelner Richter:innen an mehreren Gerichten, die mit einem erheblichen Mehraufwand an Zeit einhergeht. Die zuletzt gestiegenen finanziellen Nöte der Bevölkerung aufgrund der Teuerung wirken sich direkt auf den Anfall und die Erledigungen bei unseren Gerichten aus.

Zwischen 250 und 300 Verhandlungen werden an den burgenländischen Gerichten wöchentlich durchgeführt, die in der Aktionswoche – mit Ausnahme unaufschiebbarer Verhandlungen – nicht stattfinden. Endentscheidungen werden nicht abgefertigt, und Amtstagstermine nicht ausgegeben. Die zu einem Gutteil in der Vorbereitung von Verhandlungen und Entscheidungen durch Aktenstudium bestehende Arbeit der Richter:innen wird auch in der Aktionswoche uneingeschränkt fortgeführt.

Auch auf Seite der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie dem nichtrichterlichen Personal wurde bereits massiv eingespart, was sich auf den gesamten Gerichtsbetrieb auswirkt. Dadurch wird es beispielsweise erschwert, die grundbücherliche Umsetzung der

zuletzt vermehrt genutzten Möglichkeit, Wohnbauförderungsdarlehen des Landes vorzeitig zurückzuzahlen, zeitnah zu bewerkstelligen.

Die GÖD-Landesvertretung der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Burgenland weist insbesondere auf die stetig anwachsende Anzahl an strafrechtlichen Anzeigen hin, die tendenziell auch inhaltlich komplexer und aufwendiger in der Bearbeitung werden, sowie höchste juristische, organisatorische und auch technische Anforderungen an die einzelnen Sachbearbeiter:innen stellen.

Dass die Qualität und die Geschwindigkeit der Verfahrensführung in der Justiz trotz der seit einigen Jahren konstant steigenden Anfallszahlen, insbesondere im Bereich von Gewaltdelikten und Internetkriminalität sowie der Herausforderungen in anderen großen Ermittlungsverfahren und daran anschließenden Gerichtsprozessen auf einem hohen Niveau gehalten werden können, ist zu einem Großteil dem persönlichen Einsatz und Engagement auch der im Burgenland tätigen Entscheidungsorganen zu verdanken.

Mit Blick auf die zukünftige Qualitätssicherung ist die Schaffung und Gewährleistung einer der aktuellen Problemstellungen angemessenen personellen und strukturellen Ausstattung auch im Burgenland unerlässlich, sodass Verfahren weiterhin mit einer ausreichenden Anzahl auf höchstem Niveau aus- und fortgebildeter Entscheidungsorganen geführt werden können.

Die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Burgenlandes stehen geeint zur „Aktionswoche für den Rechtsstaat“. Das ist kein Streik, sondern ein notwendiges Zeichen und ein Appell an die Politik. Es muss die Sorge um die Gerichtsbarkeit, als eine der drei Staatsgewalten, die für den Rechtsstaat nicht ersetzbar ist, endlich ernst genommen werden. Wir fordern zusätzliche richterliche Planstellen nach dem tatsächlichen Bedarf und einen verbindlichen Zeitplan für deren Schaffung und Besetzung.

HR Mag. Ursula Kirschbichler	**MMag. Birgit Müller-Artner**	**Mag. Katharina Wiener**
Obfrau der Sektion Burgenland der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter	Vorsitzende der Landesleitung Richter:innen und Staatsanwält:innen in der GÖD Burgenland	Mitglied

Weitere Informationen:
https://richtervereinigung.at/aktionswoche/
https://staatsanwaelte.at/aktionswoche-100-erreicht-was-jetzt/
https://richter-staatsanwaelte.goed.at/news/informationen-zur-aktionswoche